

Antrag

Initiator*innen: Geschäftsführender Ausschuss (dort beschlossen am: 17.03.2026)

Titel: Kapitel 4: Gemeinschaft gestalten – Wie wir füreinander sorgen und leben

Antragstext

689 (Soziales, Teilhabe, Gesundheit, Gleichstellung, Inklusion, offene Gesellschaft,
690 Kultur, Sport)

691 **1. Warum dieses Thema für unseren Bezirk zentral ist**

692 Friedrichshain-Kreuzberg ist bunt und weltoffen, manchmal laut und immer
693 solidarisch. Unser Bezirk lebt von seiner Vielfalt – von Menschen mit
694 unterschiedlichsten Biografien, Identitäten und Lebensentwürfen. Queeres Leben
695 ist sichtbar, migrantische Communities prägen das Straßenbild, Kultur entsteht
696 in Clubs, Ateliers, Theatern und auf der Straße. Friedrichshain-Kreuzberg war
697 schon immer ein Ort, an dem Freiräume verteidigt und neue Formen des
698 Zusammenlebens ausprobiert wurden. Engagement, Selbstorganisation und
699 Nachbarschaft prägen unseren Alltag. Viele bundespolitische Debatten werden hier
700 früher und intensiver geführt – und vieles, was anderswo abstrakt bleibt, ist
701 hier konkrete Realität.

702 Doch Zusammenhalt ist kein Selbstläufer. Steigende Lebenshaltungskosten,
703 Wohnungs- und Obdachlosigkeit, Suchterkrankungen, psychische Belastungen,
704 Einsamkeit und die Folgen der Klimakrise treffen viele Menschen unmittelbar.
705 Gleichzeitig erleben wir einen gesellschaftlichen Rechtsruck, einen Kulturkampf
706 gegen Vielfalt und die offene Gesellschaft. Statt soziale Strukturen konsequent
707 zu stärken, setzt der schwarz-rote Senat zunehmend auf Symbolpolitik: Der Zaun
708 um den Görlitzer Park steht exemplarisch für eine Politik der Verdrängung statt

709 nachhaltiger Lösungen. Während Millionen in politische Machtdemonstrationen
710 gegenüber dem Bezirk fließen, kämpfen Trägerorganisationen von Prävention,
711 sozialer Arbeit, Kultur und Gesundheitsangeboten um ihr Fortbestehen.

712 Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Gradmesser gesellschaftlicher Entwicklungen –
713 und zugleich ein Bezirk mit starkem demokratischem Selbstbewusstsein. Für uns
714 ist klar: Soziale Probleme brauchen soziale Antworten. Hilfe wirkt nachhaltiger
715 als Druck von oben. Unsere kommunale Infrastruktur – von Sportstätten über
716 Bibliotheken bis hin zu Clubs und Nachbarschaftseinrichtungen – ist kein Luxus.
717 Sie bildet die Grundlage für Zusammenhalt, Lebensqualität und demokratische
718 Stabilität.

719 **2. Unsere Haltung: Solidarität organisieren, Vielfalt** 720 **schützen**

721 Wir stehen für ein Friedrichshain-Kreuzberg, das Solidarität organisiert und
722 Vielfalt schützt. Soziale Sicherheit, kulturelle Freiräume und demokratische
723 Teilhabe gehören für uns untrennbar zusammen.

724 Wir setzen auf Prävention, aufsuchende Sozialarbeit, Gesundheitsangebote und
725 Schutzräume. Der Rechtsstaat gilt überall und für alle. Er schützt die Würde
726 jedes Menschen und setzt klare Grenzen gegenüber Gewalt, Ausbeutung und
727 organisierter Kriminalität.

728 Klima- und Sozialpolitik sind zwei Seiten derselben Medaille. Stadtgrün und
729 Hitzeschutz, wohnortnahe soziale und kulturelle Angebote, zugängliche
730 öffentliche Räume, barrierefreie Infrastruktur sind Teil einer ökologisch wie
731 sozial gerechten Stadt.

732 Wir verteidigen unsere offene Gesellschaft. Rechtsextremismus und -populismus
733 sind die größten Bedrohungen für unsere Demokratie. Gegen Rassismus,
734 Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und jede Form von Diskriminierung beziehen
735 wir klar Stellung. Die AfD steht für völkisches Denken, eine rassistische
736 Ideologie und die systematische Ausgrenzung von Menschen. Sie ist eine konkrete
737 Bedrohung für die Menschen in unserem Bezirk. Daher fordern wir ein
738 Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gewissenhaft vorzubereiten und
739 auch tatsächlich einzuleiten.

740 Kultur, Sport und soziale Infrastruktur sind notwendige Grundversorgung. Wir
741 stärken Zivilgesellschaft und öffentliche Einrichtungen gleichermaßen. Politik
742 muss ermöglichen, absichern und Ressourcen bereitstellen – und darf nicht
743 spalten oder verdrängen.

744 **3. Zentrale Herausforderungen im Bezirk**

745 Friedrichshain-Kreuzberg ist ein Bezirk mit großer sozialer Dynamik – und mit
746 spürbaren Spannungen. Unterschiedlichste Lebensentwürfe, Einkommenslagen und
747 Bedürfnisse treffen hier auf engem Raum aufeinander. Urbanes Leben bedeutet
748 Abwechslung, aber auch Zielkonflikte: zwischen Nachtruhe und Clubkultur,
749 zwischen Aufenthaltsqualität und Aufwertung, zwischen sozialer Unterstützung und
750 ordnungspolitischen Maßnahmen, zwischen Nutzung und Schutz von Parks und
751 Grünflächen.

752 Viele Herausforderungen lassen sich nur langfristig und nur gemeinsam lösen.
753 Armut, steigende Lebenshaltungskosten, Wohnungsmangel, Verdrängung von Kultur
754 und Kleingewerbe, Suchterkrankungen oder psychische Belastungen sind
755 strukturelle Fragen, die stark von Entscheidungen auf Landes-, Bundes- und
756 europäischer Ebene abhängen. Der Bezirk ist nicht alleiniger Akteur – aber er
757 trägt Verantwortung für konkrete Verbesserungen vor Ort.

758 Gleichzeitig stehen ganz konkrete soziale Einrichtungen, Kulturorte,
759 Beratungsstellen, Sportangebote und Gesundheitsstrukturen unter erheblichem
760 finanziellen Druck. Prävention, Gewaltschutz, Integration, Pflege und
761 psychosoziale Versorgung brauchen aber langfristige Planungssicherheit, eine
762 verlässliche Finanzierung und klare Prioritätensetzung.

763 Hinzu kommt: Die Erwartungen an den Bezirk sind hoch, während die Ressourcen
764 begrenzt sind. Unterschiedliche Interessen müssen daher ausgeglichen werden,
765 ohne den politischen Kompass zu verlieren.

766 **4. Was wir konkret verändern wollen**

767 **Offene Gesellschaft schützen und Demokratie stärken**

768 **Demokratie verteidigen:** Demokratie braucht verlässliche Strukturen im Bezirk.
769 Wir wollen die bestehende Partnerschaft für Demokratie in Friedrichshain-
770 Kreuzberg dauerhaft absichern und ihre Fördermöglichkeiten ausweiten.
771 Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus,
772 Queerfeindlichkeit, Ableismus und andere Formen gruppenbezogener
773 Menschenfeindlichkeit brauchen Planungssicherheit statt kurzfristiger
774 Projektlogik.

775 Demokratische Beteiligung stärken wir konkret. Die bezirklichen Beiräte und
776 Gremien – vom Beirat für Partizipation und Integration bis zum neu geschaffenen

777 Jugend und Kindergremium – müssen aktiv und frühzeitig in Entscheidungsprozesse
778 einbezogen werden. Wir setzen uns für niedrigschwellige, mehrsprachige
779 Beteiligungsangebote ein und unterstützen Initiativen, Vereine und Projekte mit
780 einer gut ausgestatteten Freiwilligenagentur.

781 Religionsfreiheit und weltanschauliche Vielfalt sind für uns selbstverständlich.
782 Wir unterstützen die verschiedenen religiösen Gemeinschaften im Bezirk in ihrer
783 sozialen und kulturellen Arbeit und ermutigen zu demokratischer Teilhabe.

784 Antidiskriminierungsarbeit strukturell stärken: Wir setzen uns für den Ausbau
785 unabhängiger Beschwerdemöglichkeiten bei Rassismus und Diskriminierung ein, für
786 verpflichtende Diversity- und Antidiskriminierungsschulungen für Mitarbeitende
787 sowie für verbindliche Standards zu Mehrsprachigkeit, Leichter Sprache,
788 barrierefreier Kommunikation und Gebärdensprachdolmetschen in allen relevanten
789 Bereichen.

790 Das Register Friedrichshain-Kreuzberg leistet unverzichtbare Arbeit bei der
791 Dokumentation diskriminierender und rechter Vorfälle, die wir weiter personell
792 und finanziell stärken wollen. Ein jährlicher bezirklicher
793 Antidiskriminierungsbericht soll Entwicklungen sichtbar machen und politische
794 Konsequenzen ermöglichen.

795 Rechtsextreme Akteur*innen dürfen im Bezirk nicht normalisiert werden. Wir
796 werden unsere rechtlichen Möglichkeiten konsequent nutzen, um menschenfeindliche
797 Aktivitäten im öffentlichen Raum zu begrenzen und antifaschistische sowie
798 antirassistische Proteste unterstützen, ohne Einschüchterung zu dulden.

799 **Perspektiven und Realitäten anerkennen:** Postmigrantische und postkoloniale
800 Perspektiven gehören zur Realität unseres Bezirks. Wir unterstützen Initiativen
801 zur Aufarbeitung kolonialer Geschichte, fördern migrantische
802 Selbstorganisationen und schaffen Räume und Ressourcen für kulturelle und
803 soziale Projekte von Communities of Color. Den Silvio-Meier-Preis wollen wir als
804 deutliches Zeichen gegen rechte Gewalt weiter stärken und noch bekannter machen.

805 Wir stellen uns klar gegen Racial Profiling und die Kriminalisierung von
806 Menschen ohne sicheren Aufenthaltsstatus. Menschenwürde und rechtsstaatliche
807 Verfahren gelten für alle. Gleichzeitig widersprechen wir entmenslichender
808 Sprache gegenüber marginalisierten Gruppen und treten rechter „Stadtbild“-
809 Rhetorik entschieden entgegen. Hier ist kein Platz für Kulturkampf gegen queere
810 Lebensweisen und migrantische Communities! Wir leben ein Stadtbild, das
811 einschließt und nicht ausgrenzt!

812 **Solidarität endet nicht an Staatsgrenzen:** Wir stehen an der Seite der Menschen
813 in der Ukraine und unterstützen ukrainische Geflüchtete im Bezirk durch konkrete
814 Integrations- und Beratungsangebote. Wir schätzen ihre Erfahrungen und
815 Fähigkeiten und schaffen Räume zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch und Lernen.

816 Neben den Menschen in der Ukraine sind auch in vielen anderen Regionen der Welt
817 Zivilistinnen von Gewalt bedroht. Sei es durch staatliche oder nicht staatliche
818 Akteure. Auch ihnen gilt unsere Solidarität, denn kein politisches Ziel
819 rechtfertigt Gewalt gegen Zivilistinnen. Wir verurteilen jede Form von
820 Terrorismus und Einschüchterung gegenüber Zivilist*innen und stellen uns
821 unmissverständlich gegen die Verbreitung von Hass und Versuche der
822 Entmenschlichung ganzer Bevölkerungsgruppen. Wir stellen uns entschieden gegen
823 jede Form von Antisemitismus ebenso wie gegen anti-muslimischen oder anti-
824 arabischen Rassismus in unserem Bezirk.

825 **Feministische Politik konkret umsetzen**

826 **Gleichstellung durchsetzen:** Geschlechtergerechtigkeit entscheidet über
827 Einkommen, Gesundheit, Sicherheit und politische Teilhabe – auch hier im Bezirk.
828 Feministische Politik heißt für uns, strukturelle Benachteiligungen sichtbar zu
829 machen und praktisch zu bekämpfen.

830 Frauenarmut ist auch in Friedrichshain-Kreuzberg Realität – besonders für
831 Alleinerziehende, ältere Frauen und Frauen mit Migrationsgeschichte. Wir wollen
832 gezielte Renten-, Trennungs- und Sozialberatung stärken und niedrigschwellige
833 Lotsenangebote bei Anträgen ausbauen. In Kooperation mit Jobcenter und freien
834 Trägern sollen Wiedereinstiegs- und Qualifizierungsangebote insbesondere für
835 Alleinerziehende gezielt gefördert werden. Care-Arbeit muss sichtbar gemacht und
836 gesellschaftlich aufgewertet werden; pflegende Angehörige brauchen bessere
837 Beratung und Unterstützung.

838 Gleichberechtigung braucht auch strukturelle Veränderungen in Politik und
839 Verwaltung. Mentoringprogramme wie eine „Mitlaufwoche 2.0“ für junge FLINTA*-
840 Personen wollen wir weiterentwickeln. Kinderbetreuung, hybride Formate und
841 flexible Sitzungszeiten in der Bezirksverordnetenversammlung sollen politische
842 Teilhabe von Menschen mit Care-Verantwortung erleichtern. Verwaltung und
843 öffentliche Einrichtungen müssen geschlechtergerecht und
844 diskriminierungssensibel arbeiten.

845 **Gewalt konsequent entgegenwirken:** Gewalt gegen Frauen, Mädchen und FLINTA*-
846 Personen hat bei uns keinen Platz. Wir setzen uns für die vollständige Umsetzung
847 der Konvention ein, welche deren Verhütung und Bekämpfung fordert und solche

848 Gewalt als Menschenrechtsverletzung anerkennt (Istanbul-Konvention). Wir kämpfen
849 für die verlässliche Finanzierung von Schutz-, Beratungs- und
850 Unterstützungsangeboten. Hinweise auf Hilfsangebote müssen in Rathäusern,
851 Schulen, Jugend- und Gesundheitseinrichtungen selbstverständlich sichtbar sein.
852 Ein schneller Zugang zu Hilfe – etwa über QR-Codes zu Chat- oder
853 Beratungsangeboten – kann insbesondere jungen Betroffenen niedrigschwellige
854 Unterstützung ermöglichen. Schutzräume wie Frauenhäuser und Zufluchtwohnungen
855 müssen erhalten und bedarfsgerecht ausgebaut werden, ebenso spezialisierte
856 Angebote für geflüchtete Frauen und queere Geflüchtete. Auch digitale Gewalt,
857 Hate Speech und Cyberstalking nehmen wir ernst und stärken entsprechende
858 Präventions- und Beratungsangebote.

859 Prävention beginnt früh. Empowerment-Formate für Mädchen und FLINTA* sowie
860 Angebote zur Gewaltprävention für Jungen und Männer gehören für uns zusammen.

861 **Angebote und Sichtbarkeit stärken:** Gesundheitsangebote müssen
862 geschlechtersensibel weiterentwickelt werden. Menstruationsartikel sollen in
863 Schulen, Jugendclubs, Sportvereinen und öffentlichen Gebäuden kostenfrei
864 bereitgestellt werden. Öffentliche Toiletten wollen wir inklusiver gestalten und
865 die kostenfreie Nutzung als Modell prüfen.

866 Sichtbarkeit im öffentlichen Raum ist ebenfalls Teil feministischer Politik.
867 Straßen und Plätze sollen weiterhin vorrangig nach Frauen, Women of Colour,
868 queeren Persönlichkeiten und Widerstandskämpferinnen benannt werden. Bereits
869 beschlossene Umbenennungen müssen zügig umgesetzt werden. Das
870 Partizipationsverfahren „Straßennamen für die Vielfalt“ wollen wir transparenter
871 gestalten und in Kooperation mit dem FHXB-Museum eine digitale
872 Erinnerungsplattform zur feministischen, queeren und migrantischen Geschichte
873 des Bezirks entwickeln.

874 **Queeres Leben schützen und strukturell absichern**

875 **Queers unterstützen:** Xhain ist für viele junge queere Menschen aus der gesamten
876 Welt ein Sehnsuchtsort, in dem sie endlich frei leben können. Das werden wir
877 verteidigen. Wir setzen uns aktiv für den Schutz queerer Einrichtungen vor
878 Verdrängung ein. Queere Clubs, Bars, Beratungsstellen, Projekträume und
879 selbstorganisierte Treffpunkte sind Teil der sozialen und kulturellen
880 Infrastruktur des Bezirks. Bei Nutzungskonflikten und Standortfragen werden wir
881 politisch unterstützen und Räume sichern. Die finanzielle Grundförderung queerer
882 und feministischer Initiativen muss auf Landesebene dauerhaft abgesichert
883 werden.

884 Die Stelle der*des Queerbeauftragte im Bezirk muss strukturell abgesichert und
885 ausreichend ausgestattet werden. Auch queere Perspektiven gehören verbindlich in
886 Beteiligungsprozesse, Stadtplanung und Verwaltungshandeln.

887 Insbesondere ältere queere Menschen und queere Geflüchtete brauchen spezifische
888 Unterstützungsangebote. Wohnprojekte für ältere lesbische Frauen und andere
889 selbstbestimmte Wohnformen wollen wir fördern und im Rahmen bezirklicher
890 Möglichkeiten unterstützen.

891 **Gewalt konsequent entgegenwirken:** Gewalt gegen LSBTIQ*-Personen darf nicht
892 relativiert werden. Wir unterstützen die Weiterentwicklung der Initiative
893 Geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt (IGSV) und eine systematische
894 Datenerhebung zu queerfeindlichen Übergriffen. Die enge Zusammenarbeit mit
895 Beratungsstellen und zivilgesellschaftlichen Initiativen ist dabei zentral.
896 Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit in Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen
897 und Verwaltung wollen wir stärken.

898 **Kultur als Grundversorgung sichern**

899 **Kulturorte sichern:** Kultur ist kein Luxus, sondern Grundversorgung. Clubs,
900 Ateliers, Theater, Projekträume, Museen und selbstorganisierte Orte prägen den
901 Bezirk und sind Räume demokratischer Begegnung. Diese Infrastruktur wollen wir
902 sichern und weiterentwickeln.

903 Arbeits- und Proberäume sind existenziell. Die Kürzungen des
904 Arbeitsraumprogramms wollen wir zusammen mit der Landesebene zurücknehmen und
905 wie ursprünglich geplant ausweiten. Der Verdrängung von Kulturorten – ob
906 Projektraum, Atelierhaus oder Club – treten wir aktiv entgegen. Zur Abfederung
907 der massiven Erhöhung der Grundsteuer müssen Sonderregelungen für
908 Kunstschaffende gefunden werden.

909 Das RAW-Gelände ist ein zentraler Kulturstandort mit überbezirklicher Bedeutung.
910 Wir setzen uns weiter dafür ein, die kulturelle Nutzung dauerhaft zu sichern und
911 weitere Kommerzialisierung zu begrenzen. Auch kleinere, selbstverwaltete Orte
912 müssen geschützt und bei Konflikten mit Investoren oder Nutzungskonflikten
913 politisch unterstützt werden.

914 **Kulturschaffende unterstützen:** Wir setzen uns für eine verlässliche Finanzierung
915 der freien Szene ein und unterstützen die Wiedereinführung von
916 Ausstellungshonoraren für unsere kommunalen Galerien. Künstlerische Arbeit darf
917 nicht von Selbstausbeutung abhängen. Förderverfahren müssen transparent,
918 niedrighschwellig und planbar sein.

919 Clubkultur ist Teil der Identität Friedrichshain-Kreuzbergs. Wir wollen sie vor
920 Verdrängung schützen, Neugründungen unterstützen und im Dialog mit
921 Anwohner*innen tragfähige Lösungen bei Nutzungskonflikten entwickeln, statt
922 einseitig Einschränkungen durchzusetzen.

923 Kulturpolitik muss divers, inklusiv und diskriminierungssensibel sein. Projekte
924 migrantischer, queerer und postkolonialer Perspektiven wollen wir gezielt
925 fördern. Kunst im öffentlichen Raum, insbesondere mit feministischer oder
926 erinnerungspolitischer Perspektive, soll stärker unterstützt werden.

927 **Gemeinschaft stärken:** Das FHXB-Museum ist ein wichtiger Ort für die Aufarbeitung
928 und Vermittlung der Bezirksgeschichte. Wir wollen seine Arbeit stärken und
929 insbesondere Projekte zur queeren, migrantischen und feministischen Geschichte
930 weiter ausbauen. Auch queere Kulturorte sind feste Bestandteile der kulturellen
931 Infrastruktur unseres Bezirks. Daher unterstützen wir den gemeinsamen Neubau des
932 Schwulen Museums mit dem FHXB-Museum in der Friedrichstraße

933 Bibliotheken sind Orte der Bildung, Begegnung und sozialen Infrastruktur. Wir
934 setzen uns für ihre Stärkung, moderne, digitale Ausstattung und barrierefreie
935 Zugänge ein. Die Amerika-Gedenkbibliothek (AGB) verstehen wir als Haus der Ideen
936 und als offenen Kultur- und Begegnungsort für den Bezirk. Ihre Weiterentwicklung
937 muss transparent und gemeinwohlorientiert erfolgen.

938 **Soziale Stabilität stärken – Hilfe statt Verdrängung**

939 **Hilfe ausbauen:** Soziale Probleme verschwinden nicht durch Verdrängung. Armut,
940 Wohnungslosigkeit, Suchterkrankungen und psychische Belastungen brauchen
941 langfristige, koordinierte und menschenwürdige Lösungen.

942 Wir wollen die Verhinderung von Wohnungsverlust zur Priorität machen und die
943 Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Wohnungsnotfälle ausbauen. „Housing
944 First“-Ansätze und niedrigschwellige Beratungsangebote müssen weiterentwickelt
945 werden. Ziel ist es, Wohnungslosigkeit zu vermeiden, bevor sie entsteht – und
946 Menschen schneller wieder in eigenen Wohnraum zu bringen. Unterkünfte müssen
947 menschenwürdig, barrierefrei und sozial angebunden sein.

948 Die Mehrheit der obdachlosen Menschen wird durch das sozialgesetzliche
949 Sicherungssystem nicht erfasst. Sie haben weder Anspruch auf Sozialhilfe noch
950 Wohngeld. In der Konsequenz sorgen oft einzig soziale Initiativen mit viel
951 ehrenamtlichem Engagement dafür, dass Menschen einen Schlafplatz und eine warme
952 Mahlzeit erhalten. Wir setzen uns berlinweit für eine Politik des Helfens statt
953 des Ignorierens ein.

954 Im öffentlichen Raum setzen wir auf soziale Unterstützung statt symbolischer
955 Abschottung. Aufsuchende Sozialarbeit, Straßensozialarbeit und niedrigschwellige
956 Beratungsangebote wollen wir stärken. Parkläufer*innen und sozialpädagogische
957 Teams können Nutzungskonflikte entschärfen und vermitteln. Safe Places –
958 geschützte, niedrigschwellige Aufenthalts- und Unterstützungsorte für besonders
959 vulnerable Menschen – wollen wir sichern und weiter ausbauen.

960 **Sucht als Erkrankung behandeln:** Im Umgang mit Suchterkrankungen setzen wir auf
961 Gesundheits- und Präventionspolitik. Drugchecking-Angebote und Drogenkonsumräume
962 sind wichtige Instrumente zum Schutz von Leben und Vermittlung von
963 Hilfsangeboten. Wir unterstützen ihren Ausbau und eine enge Kooperation mit
964 Suchthilfe, Gesundheitsdiensten und Sozialarbeit. Reine Verdrängungsmaßnahmen
965 lösen die Probleme nicht und sind menschenverachtend. Es geht darum die Menschen
966 in den Blick zu nehmen, dafür braucht es eine gesamtstädtische Strategie im
967 Umgang mit Drogenkonsum und Verelendung. Es braucht Planungssicherheit und die
968 Stärkung der sozialen Träger anstatt einen sozialen Kahlschlag und eine
969 Verschiebung auf immer mehr Law-and-Order wie unter dem Wegner-Senat.

970 Der Görlitzer Park steht exemplarisch für die Herausforderungen im öffentlichen
971 Raum. Sicherheit, Aufenthaltsqualität und soziale Unterstützung dürfen nicht
972 gegeneinander ausgespielt werden. Wir setzen uns für eine integrierte Strategie
973 aus Prävention, Sozialarbeit, Gesundheitsangeboten, Beleuchtung, Pflege und
974 Dialog ein – statt für teure Symbolmaßnahmen wie Zäune, die Probleme lediglich
975 verschieben.

976 Vernunftbasierte Drogenpolitik stärkt Prävention:

977 Die Entkriminalisierung von Cannabis war ein richtiger Schritt in die richtige
978 Richtung. Die Befürchtungen der Legalisierungsgegner*innen haben sich in Luft
979 aufgelöst. Polizei und Justiz werden deutlich entlastet, Konsumierende nicht
980 unnötig kriminalisiert. Diesen Weg wollen wir konsequent weiterverfolgen, auch
981 wenn der Bund den Antrag aus Friedrichshain-Kreuzberg für eine Modellregion aus
982 ideologischen Gründen weiter ablehnt. Wir kämpfen weiter für die legale Abgabe
983 von Cannabis, um dem Schwarzmarkt systematisch die Grundlage zu entziehen. Wir
984 begrüßen, dass in Xhain das erste dauerhafte Drugchecking-Projekt eingerichtet
985 wurde und unterstützen den Ausbau. Es braucht eine an den Lebensrealitäten
986 orientierte Prävention und Hilfe statt Strafe für Menschen, die in
987 Abhängigkeiten geraten. Kriminalisierung und Tabuisierung sind Teil des Problems
988 und nicht Teil der Lösung.

989 **Ankommen und Teilhabe ermöglichen**

990 **Teilhabe ermöglichen:** Friedrichshain-Kreuzberg ist seit Jahrzehnten ein Bezirk
991 des Ankommens. Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrungen sind hier
992 willkommen und prägen das gesellschaftliche Leben – in Nachbarschaften, Schulen,
993 Kultur und Wirtschaft.

994 Wir setzen uns für dezentrale Unterkünfte statt großer Massenunterkünfte ein.
995 Geflüchtete Menschen sollen möglichst schnell in reguläre Wohnungen einziehen
996 können. Gemeinschaftsunterkünfte müssen menschenwürdig, barrierefrei und sozial
997 angebunden sein. Besonders schutzbedürftige Gruppen – etwa Frauen, Kinder,
998 queere Geflüchtete oder Menschen mit Behinderungen – brauchen spezialisierte
999 Unterstützung. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete brauchen gut ausgestattete
1000 Strukturen im Jugendamt. Beratung, psychosoziale Begleitung und Bildungsangebote
1001 müssen verlässlich finanziert sein.

1002 **Unterstützungsstrukturen ausbauen:** Integrationslots*innen leisten wichtige
1003 Arbeit beim Zugang von Geflüchteten zu Behörden, Bildung, Gesundheit und Arbeit.
1004 Wir wollen ihre Arbeit verstetigen und strukturell absichern. Mehrsprachige
1005 Willkommens- und Orientierungsangebote in Bezirksgebäuden sowie barrierearme
1006 digitale Formulare sollen selbstverständlich werden.

1007 Bürokratie darf Integration nicht behindern. Verfahren müssen verständlich,
1008 digital zugänglich und pragmatisch gestaltet werden. Strukturelle Hürden beim
1009 Zugang zu Arbeit, Wohnen und Bildung wollen wir abbauen – im Rahmen der
1010 bezirklichen Möglichkeiten und im Dialog mit dem Land.

1011 **Mitbestimmung ermöglichen:** Wir setzen uns weiterhin für das kommunale Wahlrecht
1012 für alle Menschen ein, die dauerhaft im Bezirk leben, und unterstützen Kampagnen
1013 und Beteiligungsformate, die politische Mitwirkung auch ohne formales Wahlrecht
1014 ermöglichen. Auf Bundesebene kämpfen wir für ein Wahlrecht für alle, die ihren
1015 dauerhaften Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.

1016 **Gesundheit und Prävention ausbauen**

1017 **Prävention stärken:** Gesundheitspolitik im Bezirk heißt Prävention stärken und
1018 soziale Risiken ernst nehmen. Die Klimakrise ist längst ein Gesundheitsrisiko.
1019 Wir setzen uns für die konsequente Umsetzung einer bezirklichen
1020 Hitzeaktionsplanung ein. Die Streichung der Koordinierungsstelle im
1021 Gesundheitsamt muss rückgängig gemacht werden. Mehr öffentliche Trinkbrunnen,
1022 kühle Orte während Hitzeperioden und besserer Sonnenschutz auf Sportflächen
1023 gehören für uns dazu. Die Ergebnisse des Pilotprojekts zu Sprühnebelanlagen im
1024 Mauerpark wollen wir prüfen und gegebenenfalls auf weitere Standorte übertragen.

1025 Schulgesundheitsfachkräfte leisten wichtige Präventionsarbeit. Wir setzen uns
1026 dafür ein, dass auch Schulen in Friedrichshain-Kreuzberg von diesem
1027 Förderprogramm profitieren und langfristig alle Schulen entsprechend
1028 ausgestattet werden.

1029 **Gesundheit ganzheitlich fördern:** Sozialpsychiatrische Dienste, Beratungsstellen
1030 und niedrigschwellige Angebote müssen bedarfsgerecht ausgestattet werden.
1031 Einsamkeit und Überlastung sind reale soziale Herausforderungen, auf die der
1032 Bezirk reagieren muss. Die Situation in der Psychiatrie des Urbankrankenhauses
1033 werden wir weiterhin kritisch begleiten und Verbesserungen einfordern. Wir
1034 setzen uns auf Bundesebene für mehr Kassensitze für Psychotherapeut*innen ein.

1035 Das Zentrum für sexuelle Gesundheit und Familienplanung im Bezirk ist ein
1036 wichtiger Baustein. Angesichts steigender Zahlen sexuell übertragbarer
1037 Krankheiten wollen wir die Aufklärungsarbeit ausbauen. Sexualaufklärung und
1038 Beratung müssen niedrigschwellig, diskriminierungssensibel und mehrsprachig
1039 zugänglich sein.

1040 Frauengesundheit braucht mehr Aufmerksamkeit – von hormonell bedingten
1041 Beschwerden über Endometriose bis zur Menopause. Information, Beratung und
1042 Entstigmatisierung wollen wir stärken.

1043 Wir unterstützen die Einrichtung integrierter Gesundheitszentren im Bezirk und
1044 setzen uns für eine bessere Vernetzung von Gesundheits- und Sozialberatung ein.
1045 Pflegestützpunkte, Beratung zu Pflegeleistungen und Mobilitätshilfen müssen
1046 verlässlich zugänglich sein.

1047 **Inklusion und Teilhabe verwirklichen**

1048 **Barrieren abbauen:** Inklusion ist ein Menschenrecht. Menschen mit Behinderungen
1049 müssen im Bezirk selbstbestimmt leben, arbeiten und sich bewegen können.

1050 Wir wollen Verwaltungsgebäude, Schulen, Sportstätten und andere öffentliche
1051 Einrichtungen konsequent barrierefrei machen und dazu schrittweise umbauen. Auch
1052 digitale Angebote des Bezirks müssen für alle zugänglich sein – mit leichter
1053 Sprache, Gebärdensprachdolmetschen und barrierearmen Online-Formularen.

1054 **Bewegungsfreiheit ermöglichen:** Mobilität muss für alle funktionieren. Bei
1055 Kiezblocks und verkehrsberuhigten Maßnahmen denken wir Barrierefreiheit von
1056 Anfang an mit. Sogenannte Doppelquerungen speziell für Menschen mit
1057 Sehbehinderung, ausreichend breite barrierefreie Parkplätze und genügend Platz
1058 zum Ein- und Ausladen von Rollstühlen sind für uns selbstverständlich. Auch vor

1059 öffentlichen Einrichtungen wie Rathäusern, Gesundheitszentren, Schulen und
1060 Sportanlagen müssen ausreichend ausgewiesene Stellplätze entstehen.

1061 **Wohnraum barrierefrei gestalten:** Wir setzen uns für mehr barrierefreien und
1062 bezahlbaren Wohnraum ein. Auch Unterkünfte für wohnungslose Menschen müssen
1063 barrierefrei gestaltet werden.

1064 **Teilhabe ermöglichen:** Teilhabe am Arbeitsmarkt ist zentral. Menschen mit
1065 Behinderungen dürfen nicht vorschnell in Werkstätten gedrängt werden. Wir
1066 unterstützen das Budget für Arbeit und Ausbildung sowie den Ausbau von
1067 Inklusionsbetrieben und Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt – auch in der
1068 öffentlichen Verwaltung. Modellprojekte für den Übergang von der Schule in
1069 reguläre Beschäftigung wollen wir im Bezirk voranbringen.

1070 Leistungen der Eingliederungshilfe sollen besser koordiniert werden. Persönliche
1071 Assistenz muss gestärkt und bürokratische Hürden abgebaut werden.

1072 **Sport für alle ermöglichen**

1073 **Sportzugang sichern:** Sport ist mehr als Wettkampf und Vereinsstruktur. Er
1074 schafft Gesundheit, Begegnung und soziale Teilhabe – besonders dort, wo Angebote
1075 niedrigschwellig und wohnortnah sind.

1076 Barrierefreie Sportanlagen, geschützte Trainingszeiten und inklusive Angebote
1077 sind zentrale Bausteine für einen besseren Zugang zu Sporteinrichtungen, sowohl
1078 für Mädchen und FLINTA*-Personen, für Menschen mit Behinderungen, für ältere
1079 Menschen und für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen.

1080 **Breitensport stärken:** Wir wollen den nicht vereinsgebundenen Breitensport
1081 stärken. Öffentliche Sportflächen, Bolzplätze, Basketball- und Calisthenics-
1082 Anlagen sowie Bewegungsangebote in Parks müssen erhalten, gepflegt und ausgebaut
1083 werden. Offene Sportformate in Kooperation mit Jugendfreizeiteinrichtungen,
1084 Nachbarschaftshäusern und Schulen wollen wir gezielt fördern.

1085 Schwimmen ist eine Grundkompetenz. Wir setzen uns für ausreichend
1086 Schwimmangebote für Kinder und Jugendliche ein und unterstützen Programme, die
1087 insbesondere Kindern aus einkommensschwachen Familien den Zugang ermöglichen.

1088 **Nachhaltigkeit mitdenken: Sportstätten** müssen nachhaltig weiterentwickelt
1089 werden. Sanierungen sollen energieeffizient erfolgen, neue Anlagen klima- und
1090 ressourcenschonend geplant werden.

1091 Teure, nicht nachhaltige und korruptionsanfällige Großveranstaltungen wie
1092 Olympiabewerbungen lehnen wir ab. Milliardenprojekte helfen dem Breitensport vor
1093 Ort nicht weiter. Unsere Priorität liegt bei wohnortnahen, dauerhaft nutzbaren
1094 Sportangeboten für alle.

1095 **5. Wirkung für den Bezirk**

1096 Unsere Politik stärkt den Zusammenhalt in Friedrichshain-Kreuzberg – konkret und
1097 spürbar im Alltag.

- 1098 • Eine starke offene Gesellschaft bedeutet: Diskriminierung wird nicht
1099 hingegenommen, Initiativen werden unterstützt, demokratische Beteiligung
1100 wird verbindlicher. Vielfalt bleibt sichtbar und geschützt.

- 1101 • Feministische Politik heißt: mehr Schutz vor Gewalt, bessere Beratung,
1102 niedrigschwellige Hilfsangebote und konkrete Schritte gegen Frauenarmut.
1103 Gleichberechtigung wird nicht nur gefordert, sondern strukturell
1104 verankert.

- 1105 • Eine gesicherte Kulturlandschaft bedeutet: RAW, Clubs, Ateliers und Museen
1106 bleiben Orte der Begegnung und Kreativität. Künstlerische Arbeit wird
1107 fairer bezahlt, Arbeitsräume werden gesichert.

- 1108 • Soziale Stabilität heißt: weniger Verdrängung, mehr Prävention, stärkere
1109 Sozialarbeit und wirksame Hilfe bei Sucht und Wohnungslosigkeit.
1110 Öffentliche Räume bleiben lebendig und solidarisch. Ankommen gelingt
1111 besser durch dezentrale Unterkünfte, verstetigte Integrationslots*innen
1112 und verständliche Verwaltungsverfahren. Teilhabe wird erleichtert.

- 1113 • Eine gestärkte Gesundheitsstruktur bedeutet: mehr Hitzeschutz, bessere
1114 Aufklärung, stärkere psychosoziale Angebote und wohnortnahe Versorgung.

- 1115 • Inklusion heißt: barrierefreie Gebäude, bessere Mobilität und echte
1116 Teilhabe am Arbeitsmarkt.

- 1117 • Sport für alle bedeutet: zugängliche Bewegungsangebote im Kiez statt
1118 Prestigeprojekte. So entsteht ein Bezirk, der solidarisch bleibt, soziale
1119 Sicherheit organisiert und Vielfalt nicht nur verspricht, sondern schützt.

1120 **6. Unser Auftrag: Zusammenhalt stärken**

1121 **Offene Gesellschaft verteidigen.** Wir sichern demokratische Strukturen, treten
1122 Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen und stärken
1123 Antidiskriminierungsarbeit im Bezirk.

1124 **Feministische und inklusive Politik umsetzen.** Gleichstellung, Gewaltschutz,
1125 Inklusion und Teilhabe werden konkret verbessert – in Verwaltung, Infrastruktur
1126 und Angeboten vor Ort.

1127 **Prävention vor Verdrängung setzen.** Bei Wohnungslosigkeit, Sucht und Krisen im
1128 öffentlichen Raum setzen wir auf Hilfe, Gesundheits- und Präventionspolitik
1129 statt Symbolmaßnahmen.

1130 **Kultur und soziale Infrastruktur absichern.** Kulturorte, Beratungsstellen, Sport-
1131 und Gesundheitsangebote brauchen Planungssicherheit und verlässliche
1132 Finanzierung.

1133 **Beteiligung und Transparenz stärken.** Beteiligung wird verbindlicher, Verwaltung
1134 zugänglicher und Entscheidungen nachvollziehbarer.